Bundesrat Drucksache **616/2/00**

08.03.01

Antrag
des Freistaates Bayern

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Integration von auf Dauer bleibeberechtigten Ausländern (Integrationsgesetz – IntegG)

TOP 39 der 760. Sitzung des Bundesrates am 9. März 2001

Der Bundesrat möge beschließen, den Gesetzesantrag des Landes Baden-Württemberg mit der Maßgabe folgender Änderung beim Deutschen Bundestag einzubringen:

In § 5 b Abs. 1 Nr. 4 werden die Worte "eine noch mindestens einjährige Grundschulpflicht besteht" durch die Worte "aufgrund der Schulpflicht die Voraussetzungen für einen mehrjährigen Schulbesuch gegeben sind" ersetzt.

Begründung:

Der im Entwurf verwendete Ausdruck "Grundschulpflicht" ist missverständlich. Er ist durch den Halbsatz "aufgrund der Schulpflicht die Voraussetzungen für einen mehrjährigen Schulbesuch gegeben sind" zu ersetzen.

Ausgeliefert am 08. MRZ. 2001

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax: 0228/3820844
ISSN 0720-2946